

# **SIPRI YEARBOOK 2004**

**ARMAMENTS,  
DISARMAMENT AND  
INTERNATIONAL  
SECURITY**

*Kurzfassung auf Deutsch*



Das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI) ist eine unabhängige internationale Forschungseinrichtung für Friedens- und Konfliktproblematik, insbesondere für die Problematik der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 in Anerkennung an 150 Jahre ungebrochenen Friedens in Schweden gegründet.

Die Finanzierung des Instituts erfolgt hauptsächlich durch Mittel der schwedischen Regierung nach vorheriger Genehmigung durch das schwedische Parlament. Mitarbeiterstab und Verwaltungsrat sind international zusammengesetzt. Dem Institut steht ferner ein internationales Beratungskomitee zur Seite.

Forschungsziele des Instituts sind:

- Förderung der Transparenz in der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle
- Beiträge zur Prävention und Lösung von Konflikten
- Vermittlung von Information an eine breitere Öffentlichkeit.

SIPRI veröffentlicht seine Forschungsergebnisse in Büchern und im Internet unter <http://www.sipri.org>.

Die vorliegende Broschüre zeigt beispielhaft, welche Art von  
Fakten und Daten in dem 859-seigen

*SIPRI Yearbook 2004*

*Rüstung, Abrüstung und Internationale Sicherheit*

enthalten sind. Das Jahrbuch ist in allen größeren  
Buchhandlungen oder über die Oxford University Press (OUP),  
Großbritannien, erhältlich.

Das SIPRI Yearbook wird seit 1969 herausgegeben. Es enthält  
objektive Angaben und neueste Analysen, die von den SIPRI-  
Mitarbeitern und anderen Fachleuten zu allen wichtigen  
Aspekten von Rüstungskontrolle, Frieden und Sicherheit erstellt  
wurden. Die Ausgabe von 2004 beschreibt übergreifend die  
Auswirkungen der Irakkrise auf viele verschiedene Dimensionen  
der internationalen Sicherheitspolitik, beleuchtet jedoch auch  
andere wichtige Strömungen in geographischer und funktioneller  
Hinsicht. Das Jahrbuch wird auch in arabischer, chinesischer,  
russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht. Die  
vorliegende deutsche Kurzfassung ist auch auf Englisch,  
Französisch, Spanisch und Schwedisch unter  
<http://editors.sipri.org/recpubs.html> erhältlich.

Das Jahrbuch kann über SIPRI

(<http://www.sipri.org/pubs/bookorder.html>) bei der OUP bestellt  
werden. Informationen zu den jüngsten Veröffentlichungen von  
SIPRI sind unter <http://editors.sipri.org/recpubs.html> zu finden.

Übersetzung: Barbro Wollberg und Evamaria Loose-Weintraub

## Inhalt

Euro-Atlantische Organisationen und Beziehungen  
Größere bewaffnete Konflikte  
Irak-Krieg: Anhaltende Kämpfe und Herausforderungen  
Multilaterale Friedensmissionen  
Rechtsprechung nach Krieg: Entwicklung internationaler Gerichtshöfe  
Chinas neue Sicherheitspolitik und seine Auswirkung auf die Asien-Pazifik-Region  
Afrikanische Union: Nationale Verteidigungsreform  
Reform des Sicherheitssektors auf dem West-Balkan  
Militärausgaben  
Militärausgaben: Naher Osten nach dem Irak-Krieg  
Rüstungsproduktion  
Rüstungsindustrien in Russland, der Ukraine und Belarus  
Internationale Rüstungslieferungen  
Ballistische Raketenabwehr  
Exporteure ballistischer Raketentechnologie  
Wissenschafts- und technologiebasierte militärische Innovationen: USA und Europa  
Neuentwicklungen bei Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung  
Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung  
Biologische Waffen: potenzielle Indikatoren für offensive BW Aktivitäten  
Chemische und biologische Waffen: Entwicklung und Kontrolle  
SARS-Epidemie: Infektionskrankheiten und Gefährdung durch biologische Waffen  
Kontrolle der konventionellen Rüstung  
Exportkontrollen und Vernichtungsprogramme  
Rückzug aus Rüstungskontrollverträgen  
Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung  
Akronyme

## **Euro-Atlantische Organisationen und Beziehungen**

- Die während des Irak-Kriegs entstandene europäisch-amerikanische sowie innereuropäische Spaltung wurde bald schon von Bemühungen zur Wiederherstellung des Euro-Atlantischen und europäischen Konsens' abgelöst, mit erheblichen Anpassungen der NATO und der Europäischen Union gegenüber den neuen globalen Herausforderungen. Die "Big Bang" Erweiterung beider Institutionen und die Umwandlung der NATO von der Territorialverteidigung zur schnellen Einsatzbereitschaft setzten größtenteils nach Plan fort.

- Die für Dezember 2003 vorgesehene Annahme der neuen EU-Verfassung erwies sich als unmöglich. Die operativen und konzeptuellen Grundlagen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden jedoch seit Juni in mehreren Schritten bis hin zur Annahme der ersten Sicherheitsstrategie der EU gefestigt.

- Die Ereignisse von 2003 sind ein Beweis dafür, dass es in der sicherheitspolitischen Dimension der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in naher Zukunft kaum zu einem Durchbruch kommen wird.

- Die Balkan-Staaten setzten sich mehrfach und mit unterschiedlichem Erfolg mit dem demokratischen Wiederaufbauprozess und der Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften auseinander.

- Russland verfolgte innenpolitisch eine entschlossenerere "gelenkte Demokratie", während es gleichzeitig versuchte, seinen Einfluss auf die Nachbarstaaten erneut auszudehnen, selbst mit dem Risiko einer Gefährdung seiner Beziehungen zum Westen.

## **Größere bewaffnete Konflikte**

- 2003 gab es 19 bewaffnete Konflikte in 18 Regionen. Die Anzahl der größeren bewaffneten Konflikte und der Regionen mit bewaffneten Konflikten war 2003 etwas geringer im Vergleich zu 2002 mit 20 größeren bewaffneten Konflikten in 19 Regionen. Vier der 19, im Jahre 2003 ausgetragenen Konflikte fanden in Afrika und acht in Asien statt.

- In den 14 Jahren seit dem Ende des Kalten Kriegs fanden 59 verschiedene größere bewaffnete Konflikte in 48 unterschiedlichen Regionen statt. Für das Jahr 2003 wurde die geringste Anzahl von größeren bewaffneten Konflikten in diesem Zeitraum verzeichnet mit Ausnahme von 1997, als es 18 größere bewaffnete Konflikte gab.

- 2003 wurden zwei innerstaatliche Konflikte ausgetragen: Der zwischen dem Irak und der multinationalen Koalition, und zwischen Indien und Pakistan.

- Die meisten gegenwärtigen größeren bewaffneten Konflikte sind innerstaatlicher Natur. Die Beharrlichkeit der innerstaatlichen Konfrontationen und der Widerstand gegenüber raschen Lösungen spiegelten sich 2003 in der Fortführung des kolumbianischen Konflikts und dem zwischen Israel und Palästinensern wider.

- Das Potential einer plötzlichen und schnellen Gewalt- eskalation war bei den Konflikten in Burundi, Elfenbeinküste, Indonesien, Liberia und Sudan (Darfur) deutlich zu erkennen. Der gegenwärtige weltweite Schwerpunkt auf Bedrohung durch Terrorismus wirkt sich wie in Indonesien und den Philippinen auf Strategien, Stärke und Verlauf von innerstaatlichen Konflikten aus.

- Externe Akteure können keinen schnellen Frieden herbeiführen, wie sich in Afghanistan, der Elfenbeinküste, Irak und Sri

Lanka gezeigt hat. Erfahrungen von 2003 zeigten, dass innerstaatliche Konflikte nur durch anhaltendes und umfassendes Engagement von Außen beendet werden können. Die 2003 in Liberia und Sudan erzielten Friedensabkommen sind Beweis dafür, dass externe Hilfe, Vermittlung und Unterstützung wichtig sind, um kriegführende Parteien zu Verhandlungen über ein Ende des Konflikts zusammenzuführen.

### **Konfliktregionen 2003**

#### **Afrika**

Algerien

Burundi

Liberia\*

Sudan

#### **Amerika**

Kolumbien

Peru

USA

#### **Europa**

Russland

#### **Asien**

Indien\* (Kaschmir)

Indien–Pakistan\*

Indonesien\*

Myanmar (Burma)

Nepal\*

Philippinen (2 Konflikte)

Sri Lanka

#### **Naher Osten**

Irak\*

Israel

Türkei

\* Diese 6 Konflikte führten 2003 jeweils zu 1000 oder mehr Toten. Der Konflikt in den USA bezieht sich auf den zwischen dem Al-Qaida-Netzwerk und den USA sowie seinen Koalitionspartnern ausgetragenen Konflikt. Schauplätze der 2003 neu hinzugekommenen Konflikte waren Irak, Liberia und Sudan (Darfur).

## **Irak-Krieg: Anhaltende Kämpfe und Herausforderungen**

- Operation "*Iraqi Freedom*" startete am 20. März 2003. Am 9. April übernahmen Streitkräfte der USA Kontrolle über das zentrale Bagdad, das irakische Regime brach zusammen. Am 1. Mai 2003 wurden die größeren Kampfhandlungen formell beendet, doch noch im Mai 2004 war die Übergangsverwaltung der Koalition (CPA) im Irak im Einsatz.

- Der Irak-Krieg gilt vermutlich als einer der kontroversesten Konflikte in moderner Geschichte. Es gab keine ausdrückliche Billigung durch den VN-Sicherheitsrat und die Frage, inwieweit die atomaren, biologischen und chemischen Waffen des Irak eine Bedrohung darstellten, war Kernpunkt der Debatte.

- Die Operation führte zum erfolgreichen Sturz des Regimes von Saddam Hussein, allerdings konnte kein Nachweis über die Existenz von Massenvernichtungswaffen erbracht werden. Die ernsthaften Sicherheitsprobleme setzten nach Kriegsende fort.

- Nordkorea, Iran und Syrien galten als wahrscheinliche Ziele der USA um andere Regimewandel zu erzwingen. Schwierigkeiten die Nachkriegssituation im Irak zu stabilisieren und die langfristigen Kosten des Krieges sprechen jedoch dagegen, dass der Irak ein Präzedenzfall für US-Aktionen in anderen Teilen der Welt wird.

- Einerseits kann der Irak-Krieg das Problem des internationalen Terrorismus durch die Bildung einer neuen Front im Irak und die Verschärfung von Aggressionen in der arabischen und islamischen Welt vertieft haben. Andererseits kann durch die Auslösung einer neuen Debatte über die politische Zukunft im Nahen Osten vielleicht die Möglichkeit entstehen, die tieferen Gründe des radikalen islamischen Terrorismus zu beleuchten.

## Multilaterale Friedensmissionen

- 2003 zählte 14 multilaterale Friedensmissionen – die höchste Anzahl neuer Missionen in einem einzigen Jahr seit Ende des Kalten Kriegs.

- 2003 waren 52 multilaterale Friedensmissionen im Einsatz, 4 mehr als 2002. Die Missionen wurden durchgeführt bzw. geleitet: VN (14 friedenssichernde Einsätze, 4 politische und friedensstiftende Missionen und 1 multinationaler Einsatz, durchgeführt von einer Ad-hoc-Koalition von Staaten im Auftrag der VN)

OSZE (10)

NATO (4)

Die EU (5)

Russland und GUS (3)

Die AU (1)

ECOWAS (2)

CEMAC (1)

*weitere Organisationen oder Ad-hoc-Koalitionen (7).*

- Die Rolle der VN beim Aufbau des Friedens in der Nachkriegsordnung zeigte sich darin, dass 2 der 3 neuen VN-Einsätze (Elfenbeinküste und Irak) friedensstiftende Missionen waren.

- Dass 11 Friedensmissionen durch regionale Akteure initiiert wurden, zeigt ein wachsendes Interesse bei regionalen Organisationen und Koalitionen. Engagement kann vielseitig sein, einschließlich überregionaler Einsätze der EU in der DRK und der NATO in Afghanistan.

- Insgesamt nahmen 41 188 Soldaten, 4642 Zivilpolizisten und 3580 Zivilpersonal an den 18 VN-Einsätzen teil. Die Gesamteinsatzkosten betragen 2,3 Mrd. USD. Regionale Organisationen und Ad-hoc-Koalitionen führten 34 Missionen durch, mit 211 294 Soldaten, 1008 Zivilpolizisten und 1074 Zivilpersonal. Die Totalkosten betragen 2003 mindestens 58,1 Mrd. USD.

## Rechtsprechung nach Krieg: Entwicklung internationaler Gerichtshöfe

- 2003 wurde der Internationale Strafgerichtshof (*ICC*) voll einsatzbereit. Erste Aufgabe des Gerichtshofs ist die Beurteilung der Lage in der Ituri-Region der DRK sowie in Uganda. Die USA hielten an ihrer Ablehnung des ICC fest.

- "Hybrid-Gerichte", Gerichte mit nationaler und internationaler Zusammensetzung, wie der Sondergerichtshof für Sierra Leone und das Sondergericht in Kambodscha, wurden gegründet.

- In dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (*ICTY*) und dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (*ICTR*) begannen die abschließenden Arbeiten, die ein Ende aller Aktivitäten bis 2010 vorsehen.

- Ein Sondergerichtshof für Irak – ein nationales Gericht mit geringer ausländischer Beteiligung – wurde gebildet. Die internationale Beteiligung wird sich auf Berater, Beobachter und eigens ernannte Richter beschränken. Die Berater haben geringe Befugnisse und es ist unklar, wem sie Bericht erstatten könnten, falls das Gericht nicht internationalen Normen folgen sollte.

- Die Weltgemeinschaft hat über 1 Mrd. USD für internationale Gerichtshöfe ausgegeben. Mit der Errichtung so vieler Gerichtshöfe ist die Frage ihrer finanziellen Nachhaltigkeit wichtig geworden.

- Entwicklungen von 2003 zeigen, dass Rechtsprechung als Teil der Friedenssicherung nach Kriegsschluss zu einer internationalen Norm wurde. Für eine effektivere Reduzierung der "Straflosigkeitlücke" ist eine Kombination aus globalen, internationalen, nationalen und grundlegenden Rechtsinstrumenten, eher als ein monolithischer Ansatz, erforderlich.

## **Chinas neue Sicherheitspolitik und seine Auswirkung auf die Asien-Pazifik-Region**

- China ist ein pro-aktiver Teilnehmer des Multilateralismus in der Sicherheitspolitik und hat die Initiative zur Bildung und Aufrechterhaltung neuer regionaler Sicherheitsmechanismen ergriffen. Dieser Schritt ist ein dynamischer Wandel in der übergreifenden Außenpolitik Chinas und hat den Einfluss Chinas auf die Sicherheitspolitik im asiatisch-pazifischen Raum intensiviert.

- Die Beteiligung im *ASEAN Regional Forum (ARF)* hat China bei der Stärkung der Stabilität und der Verbesserung der Beziehungen zu seinen Nachbarn geholfen. Dies könnte auch eine Öffnung bei der Konfliktprävention bedeuten.

- Innerhalb der Shanghaier Organisation für Kooperation konnte China bei seinen vertrauensbildenden Einsätzen im Militärbereich Fortschritte erzielen und hat mindestens zwei multilaterale Militärübungen durchgeführt.

- China nimmt regelmäßig an militärischen VN-Missionen zur Friedenssicherung teil und war vor kurzem an einem Polizeieinsatz in Timor-Leste beteiligt.

- Ein weiterer bedeutender Faktor für den Fortschritt Chinas ist sein Umgang im Spannungsfeld zwischen dem Multilateralismus und der eigenen standhaften Ablehnung einer Einmischung Dritter in aus chinesischer Sicht "innere Angelegenheiten", was vor allem für den Status von Taiwan gilt.

- Mögliche Hindernisse für weitere chinesische Fortschritte beim Multilateralismus in der Sicherheitspolitik stellen ferner ungelöste Spannungen in den Beziehungen zwischen China und Japan sowie wesentliche strategische Gegensätze zwischen den USA und China dar.

## **Afrikanische Union: Nationale Verteidigungsreform**

- Die verteidigungs- und sicherheitspolitische Umwandlung Afrikas verlief 2003 nicht gleichmäßig. Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union (AU) und die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) wurden gebildet, die Gemeinsame Afrikanische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und der Prozess einer gemeinsamen ständig einsatzbereiten afrikanischen Friedenstruppe aktiviert.

- Innerhalb der AU, der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), der zwischenstaatlichen Entwicklungsbehörde (IGAD) und der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) findet eine strategische Verschiebung zu mehr Friedenssicherung und Einsatzbereitschaft auf dem afrikanischen Kontinent statt. Neue Friedens- und Sicherheitsstrategien werden entwickelt, um diesen Organisationen eine größere Rolle bei der Lösung von afrikanischen Konflikten einzuräumen.

- 2003 wurden in Ghana, Mosambik, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Südafrika und Uganda die Überprüfungen des Sicherheitssektors, die Weißbuch-Verfahren und Initiativen zur Umstrukturierung der Verteidigung vorbereitet.

- Konflikte in Algerien, Burundi, Liberia und Sudan deuten den langwierigen Prozess der Verwirklichung von Frieden und Sicherheit in Afrika an.

- Zu den Schlüsselaufgaben der Verteidigungsreform in Afrika gehört die Aufbaukapazität auf nationaler Ebene, wobei die Gefahr eines Wettbewerbs zwischen den "Supermächten Afrikas" um dominierende Positionen in afrikanischen Organisationen besteht. Das Risiko von Überlastung der Ressourcen im zivilen und militärischen Bereich muss vermieden werden.

## Reform des Sicherheitssektors auf dem West-Balkan

- Die Reform des Sicherheitssektors auf dem gesamten West-Balkan steht vor einer doppelten Herausforderung: Umwandlung des staatlich verordneten Sozialismus und anhaltende Auswirkungen des jüngsten bewaffneten Konflikts und ethnische Säuberungsaktionen. Die Balkan-Staaten haben sich mit einer ähnlichen Problematik auseinanderzusetzen: Geschwächte Staaten, aufgebrochene Gesellschaften und organisierte Kriminalität sowie Korruption.

- In Albanien werden Militär- und Polizeireformen durch Korruption und grundlegende demokratische Mängel behindert. Fortschritte bei institutionellen Reformen zur Stärkung der zentralen und lokalen Regierungen und zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption erfolgten nur langsam.

- Wichtigste Aufgabe für Bosnien und Herzegowina war die Wiederherstellung eines Minimums an Autorität und Kontrolle bei der Sicherheit der geschwächten Zentralbehörden.

- Kroatien kandidiert für den NATO-Beitritt und richtet seine Verteidigungsreform entsprechend aus.

- Mazedonien (*FYROM*) setzt ähnliche Reformen um, hat aber Probleme mit der Bildung einer von der ethnischen albanischen Minderheit repräsentierten und respektierten inneren Sicherheit.

- Serbien und Montenegro werben trotz später Reform im Sicherheitssektor für den Beitritt zur *NATO-PfP*. Die Frage des endgültigen Status des Kosovo, seit 1999 VN-Protectorat, hat zusätzliche Instabilität in die Provinz und Region getragen.

- Die internationale Gemeinschaft treibt mit der Kontrolle einiger Sicherheitsfunktionen und der Rechtsprechung für die Nachkriegsordnung Reformen direkt voran. Dies kann jedoch bedeuten, dass Länder empfinden, keine eigene Kontrolle über die Umwandlung ihres Sicherheitssektors zu haben.

## Militärausgaben

- 2003 beliefen sich die Militärausgaben weltweit auf 956 Mrd. USD (zu laufenden Preisen und Wechselkursen) – das entspricht einem realen Anstieg von etwa 11%. Dieser beträchtliche Anstieg ist hauptsächlich auf den enormen Nachtragshaushalt der USA für den Irak-Krieg zurückzuführen.

- Die USA sind nahezu für die Hälfte der Militärausgaben in der Welt verantwortlich. Nach Reduzierungen der Militärausgaben 1987–98 und moderaten Anstiegen 1998–2001 wurde der US-Militärhaushalt 2002 und 2003 in Folge der Terrorattacken am 11. September 2001 für die Kriege in Afghanistan und im Irak mehrmals erheblich aufgestockt.

- Weitere Länder mit erheblichen Militärausgaben waren China, Frankreich, Japan und Großbritannien – die jeweils für einen Anstieg von 4–5% der weltweiten Militärausgaben verantwortlich sind.

- 32 einkommensstarke Länder tragen 75% der weltweiten Militärausgaben und wenden somit mehr als das Zehnfache für militärische Zwecke als für die offizielle Entwicklungshilfe an.

- Die Militärausgaben steigen nicht nur in den USA an, sondern auch in mehreren anderen größeren Ländern, allerdings in sehr viel geringerem Ausmaß.

- Die US-Militärausgaben werden in den nächsten Jahren weiter steigen, doch etwas langsamer. Selbst die gegenwärtigen Niveaus sind finanziell und politisch langfristig kaum tragbar.

## **Militärausgaben: Naher Osten nach dem Irak-Krieg**

- Militärausgaben im Nahen Osten stiegen 2003 real um nahezu 10%, mehr als das Doppelte des Jahresdurchschnitts der Vorjahre im Zeitraum von 10 Jahren (1994–2003). Die Gesamtauswirkungen des Irak-Kriegs auf die Militärausgaben im Nahen Osten blieben jedoch begrenzt im Vergleich zu den Auswirkungen des Golf-Kriegs 1991, als die Militärausgaben in der Region um 34% angestiegen waren.

- Der Anstieg 2003 wurde vor allem von zwei Ländern getragen, die an den Irak angrenzen: Iran und Kuwait. Beide Länder erhöhten ihre Militärausgaben real um 25% bzw. 36%.

- Saudi-Arabien, das Land mit den höchsten Militärausgaben in der Region, stockte seinen Militärhaushalt nur geringfügig auf, während Israel seine Ausgaben 2003 kürzte. In diesen beiden Ländern schienen nationale Ökonomien stärker auf die Entwicklung der Militärausgaben eingewirkt zu haben als der Irak-Krieg.

- Weitere entscheidende Faktoren für die begrenzte Auswirkung des Irak-Kriegs 2003 auf die Militärausgaben sind die fehlende Beteiligung vieler Staaten des Nahen Ostens, die mangelnde Unterstützung des Kriegs durch die Bevölkerung dieser Länder und ihre begrenzte Aufnahmekapazität für zusätzliche militärische Ausrüstung.

## Rüstungsproduktion

- Der Gesamtumsatz der 100 weltweit führenden Rüstungsbetriebe, ausgenommen China, belief sich 2002 auf ca. 192 Mrd. USD, dies entspricht einem Anstieg von etwa 14% im Vergleich zum Vorjahr (zu laufenden Preisen und Wechselkursen).

- Drei vorherrschende Trends zeichnen sich bei der globalen Rüstungsindustrie ab. Auf Betriebsebene erfolgt eine Zunahme der Rüstungsverkäufe; es gibt eine Neuorientierung hin zu expandierenden Sektoren wie Elektronik, Kommunikation, IT und Dienstleistungen. Auf Industrieebene setzt der Konzentrationsprozess fort, allerdings langsamer als früher.

- Der Irak-Krieg hob die wichtigsten Entwicklungen in der Rüstungsindustrie hervor und könnte sie womöglich verstärken. Viele Verträge und Dienste wurden an private Militärfirmen (PMFs) vergeben. Der Parallelerfolg der neuen und "geerbten" Technologien im Konfliktfall wird wahrscheinlich zu einer Debatte über die Ausschreibungspolitik bei Rüstungsaufträgen führen.

- Eine erfolgreiche euro-amerikanische Zusammenarbeit von Industrie und Verteidigung wird eine Reform der US-Beschränkungen bei der Rüstungszusammenarbeit mit befreundeten Staaten und einen verstärkten Einsatz in Europa sowie Kontrollen beim internationalen Technologietransfer erforderlich machen.

### **Umsatz der 5 größten Rüstungsbetriebe der Welt (mit Ausnahme von China) bei Rüstungsverkäufen, 2002**

1 Boeing (USA)	20,5 Mrd. USD
2 Lockheed Martin (USA)	18,9 Mrd. USD
3 Northrop Grumman (USA)	17,8 Mrd. USD
4 Raytheon (USA)	15,3 Mrd. USD
5 BAE Systems (Großbritannien)	14,0 Mrd. USD

## **Rüstungsindustrien in Russland, Ukraine und Belarus**

- Die Produktion der russischen Rüstungsindustrie konnte seit 1999 ein starkes Wachstum aufweisen, was jedoch eher auf Exportaufträge zurückzuführen ist, anstatt auf nationale Aufträge. Russische Belegschaften und Kapitalanlagen erfuhren nur geringfügige Erneuerungen, der Umstrukturierungsprozess in den Großunternehmen verlief sehr viel langsamer als geplant.

- Russische Waffenexporte erzielten 2003 einen Rekord, doch wird sich dieses Niveau kaum halten lassen. Die Zukunftsaussichten für die russische Rüstungsindustrie bleiben ungewiss. Vieles wird vom Takt der Umstrukturierung in der Industrie und von der Kapazität der Privatunternehmen bei der Belieferung von externen Kunden und Streitkräften abhängen.

- Die Ukraine könnte sich für einen sukzessiven Rückgang der Abhängigkeit von Russland entscheiden und ihre Verbindungen zu den Rüstungsunternehmen in West- und Mitteleuropa ausbauen, sollte die ukrainische Regierung eine Stärkung ihrer Beziehungen zu EU und NATO anstreben.

- In den nächsten 5 Jahren wird Belarus wahrscheinlich nur geringfügige Aufträge für neue Systeme erhalten. In der Szene der Rüstungsexporteure wird sich Belarus kaum an vorderster Front halten können.

- Rüstungsindustrien von Belarus und Russland sind stark integriert. Zukunftsperspektiven für die Rüstungsindustrien in der Ukraine und Belarus werden in erheblichem Grad von der Entwicklung ihrer Beziehungen zu Russland abhängen.

## Internationale Rüstungslieferungen

- Die 5 größten Rüstungslieferanten im 5-Jahreszeitraum 1999–2003 – USA, Russland, Frankreich, Deutschland und Großbritannien – zeichneten für 81% der gesamten Lieferungen der größeren konventionellen Waffen verantwortlich.

- 2003 betrug der Anteil der USA nahezu 23%, sie lagen damit zum dritten Mal in Folge an zweiter Stelle nach Russland.

- Die 5 größten Rüstungsempfänger im Zeitraum 1999–2003 – China, Griechenland, Indien, Türkei und Großbritannien – hatten einen Anteil von 35% am Gesamtimport von größeren konventionellen Waffen.

- Der Irak-Krieg 2003 scheint sich nicht wesentlich auf Aufträge oder Lieferungen von größeren konventionellen Waffen ausgewirkt zu haben. Stattdessen scheinen sich frühere Entscheidungen, insbesondere in Folge des Afghanistan-Kriegs, zu bestätigen. Der Krieg könnte jedoch das internationale Interesse an neuen Waffen wie präzisionsgesteuerte Langstreckenraketen (*“beyond visual range”*), ABM-Raketenabwehrsysteme, unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs) und tragbare Flugabwehrsysteme (MANPADS) verstärkt haben.

- Der Finanzwert des Rüstungshandels betrug 2002 etwa 26–34 Mrd. USD, geschätzt nach offiziellen Angaben von Regierungen und Industrien zum Wert der Rüstungsexporte. Das entspricht einem Wert von 0,4–0,5% des gesamten Welthandels 2002.

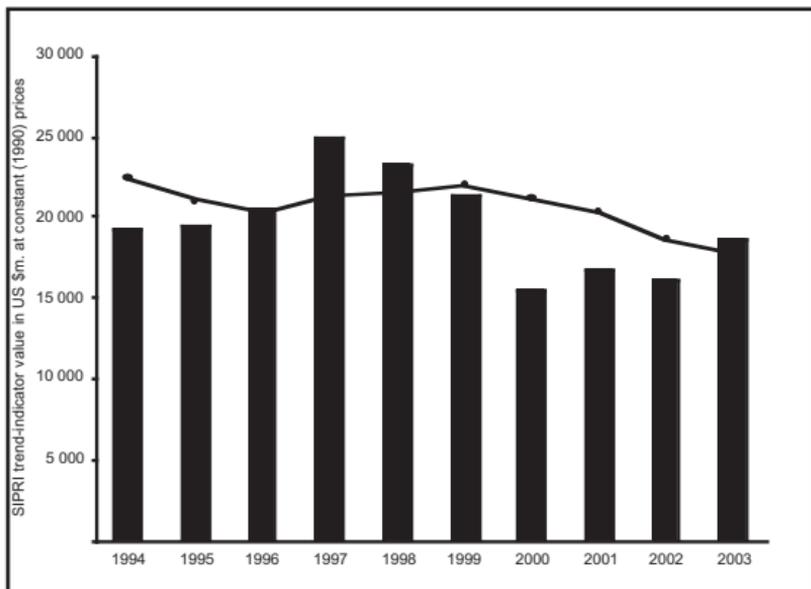
- Am 28. Juli 2003 verhängte der VN-Sicherheitsrat ein verbindliches Waffenembargo für Rüstungsexporte und anderen militärischen Beistand an einige bewaffnete Gruppen in der DRK.

- VN-Sanktionen gegen Libyen wurden am 12. September 2003 aufgehoben. Das VN-Embargo gegen den Irak wurde im Mai 2003 modifiziert, nachdem Kämpfe formal endeten und eine Übergangsverwaltung eingerichtet wurde.

## Die 5 führenden Exporteure größerer konventioneller Waffen, 1999–2003: Anteil am Weltexport

1 USA	34%
2 Russland	ca. 30%
3 Frankreich	7%
4 Deutschland	ca. 6%
5 Großbritannien	5%

## Trends bei Lieferungen größerer konventioneller Waffen, 1994–2003



Das Histogramm zeigt jährliche Gesamtwerte, die Kurve wechselnde Durchschnitte über einen Zeitraum von 5 Jahren. Durchschnittswerte von 5 Jahren werden im letzten Jahr des entsprechenden Zeitraums grafisch dargestellt.

## **Ballistische Raketenabwehr**

- 2003 beschleunigte das US-Verteidigungsministerium die Forschungs- und Entwicklungsprogramme sowie das Ausschreibungsverfahren für den Einsatz eines ersten Raketenabwehrsystems zum Schutz des US-Hoheitsgebiets bis Ende 2004.

- Die vom Verteidigungsministerium ohne vorherige ausreichende Tests und Gewährleistung eines effizienten Betriebs vorangetriebene Entwicklung dieser Raketenabwehrsysteme wurde stark kritisiert.

- NATO erteilte einen Auftrag zur Untersuchung eines Raketenabwehrsystems zum Schutz des Hoheitsgebiets der europäischen Mitgliedstaaten und friedenssichernden Einsatztruppen vor Angriffen durch Kurz- und Mittelstreckenraketen.

- Russland und USA setzten ihre Gespräche über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr fort.

- Israel führte weitere Tests des gemeinsam mit den USA entwickelten Raketenabwehrsystems Arrow 2 durch. Dies ist das fortschrittlichste gemeinsame Raketenabwehrprogramm.

- Indien und Südkorea zeigten Interesse an der Entwicklung eigener Raketenabwehrsysteme.

- Japan kündigte seine Absicht an, in Zusammenarbeit mit den USA ein mehrstufiges Raketenabwehrsystem zu entwickeln.

- Das wachsende internationale Interesse an Raketenabwehrsystemen kann teilweise damit erklärt werden, dass manche Länder danach streben, ihre Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie mit den USA zu fördern, aber auch aus Unruhe über die Verbreitung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Ost- und Südasiens sowie im Nahen Osten.

## **Exporteure ballistischer Raketentechnologie**

- Vor allem westliche Regierungen sind äußerst besorgt über die Verbreitung von ballistischen Raketen, die normalerweise nur von militärischem Nutzen sind, wenn sie mit atomaren, biologischen oder chemischen Sprengköpfen bestückt werden.

- Viele Länder mit Raketenabwehrprogrammen haben Programme zur Entwicklung von MVW oder werden ihres Besitzes verdächtigt.

- Raketenlieferungen sind für Nordkorea, das Raketen und Technologie exportiert, eine wichtige Einkommensquelle. Auch die USA waren an mehreren Lieferungen von Raketen und relevanten Technologien beteiligt.

- China, Russland und Ukraine sind Exporteure von ballistischer Raketentechnologie. Die europäische Beteiligung an Raketentechnologieexporten ist größtenteils beendet. Die europäischen Staaten haben ihre Ausfuhrkontrollen sogar erweitert mit dem Stopp für weitere Zusammenarbeit.

- Versuche, die Anzahl der Exporteure von ballistischen Raketen und relevanten Technologien zu begrenzen, zeigen gewisse Erfolge. Nachdem ballistische Raketenabwehrsysteme, besonders mit einer Reichweite von über 1500 km, komplizierte Systeme mit speziellen Technologien sind, sind Länder bei der Entwicklung solcher System häufig auf Fremdhilfe angewiesen.

- Der Zugang zu Daten über Raketenprogramme des Irak und Libyens wird Einblicke in Handel mit ballistischen Raketenabwehrsystemen und relevanten Technologien vertiefen und Bemühungen zur Nichtverbreitung verbessern. Der "Krieg gegen Terrorismus" hat die Kontrolle von finanziellen Transaktionen sowie von Waffen und relevantem Material intensiviert und trägt zum Abbau der Unsicherheit über ballistische Raketenabwehrprogramme bei.

## **Wissenschafts- und technologiebasierte militärische Innovationen: USA und Europa**

- Größere Rüstungsproduzenten werden immer mehr Wissenschaft und Technologie (W&T) für militärische Zwecke einsetzen. Diese so genannten W&T-basierten militärischen Innovationen umfassen die Zusammenarbeit mit Verteidigungsministerien, Streitkräften und relevanten Forschungsorganisationen in der Grundlagen- und angewandten Forschung.

- Für die USA gehören W&T-basierte militärische Innovationen mindestens seit dem zweiten Weltkrieg zum Standard.

- Von den größten europäischen Rüstungsherstellern hat Großbritannien am deutlichsten einen neuen Schwerpunkt auf W&T-basierte militärische Innovationen gelegt.

- Als Gründe für das Fehlen einer W&T-basierten militärischen Innovationspolitik in Europa – trotz der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – gelten der nationale Wettbewerb innerhalb Europas, die erst seit kurzer Zeit in den Aufgabenbereich der EU fallenden Verteidigungsfragen und das Fehlen einer klaren Kompetenzaufteilung zwischen den einzelnen Pfeilern der EU.

- Es ist unsicher ob europäische W&T ausreichend sind, um EU's Kapazitätsforderungen zu erfüllen. Gezielte und koordinierte Einsätze, außereuropäische W&T anzuwenden – genauso wie die USA europäische Forschung und Technik ausnutzen – könnten zu europäischen W&T-basierten militärischen Innovationen beitragen.

- Die Anwendung von W&T-basierter militärischer Innovation innerhalb der EU wird Konsequenzen für Datenerfassung, Transparenz und Forschungsethik, sowie für Zusammenarbeit, Konkurrenz und Kontrolle von Technologie haben.

## Neuentwicklungen bei Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

- 2003 wurden mehrere zuvor nicht bekannte waffenrelatierte Aktivitäten entdeckt, die den Bedarf an genauerer Information über die Entwicklung von atomaren, biologischen und chemischen Waffenprogrammen betonen. Im Fall Irak zeigten neue Informationen klar und deutlich, dass weit verbreitete Einschätzungen über die Waffenkapazität des Landes inkorrekt waren.

- Multilaterale Rüstungskontrollregimes konnten bei der Einigung über die Entdeckbarkeit und Beantwortung von Vertragsverletzungen nur geringe Fortschritte erzielen.

- Im Mai 2003 gab Präsident George W. Bush die Umsetzung der Initiative zur Verbreitungssicherheit (*PSI*) bekannt und sprach sich für eine Unterbindung des See-, Luft- und Landtransports von MVW-Trägersystemen und der Entwicklung und Herstellung relevanter Materialien und Technologien von und in "Staaten mit Verbreitungsproblematik" aus. Die Rechtsgrundlage von *PSI* ist kontrovers, doch könnte die Initiative zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit bei der Exportkontrolle beitragen. Am 4. September einigte man sich in Paris in einem "*Statement of Interdiction Principles*" auf die Prinzipien für die Umsetzung von *PSI*.

- Am 12. Dezember 2003 wurde die EU-Strategie gegen Verbreitung von MVW verabschiedet. Diese garantiert, dass Staaten der EU weiterhin an der Nichtverbreitung interessiert sind.

- Rüstungsbegrenzungen konzentrierten sich hauptsächlich auf die Gefahr solcher Waffen, über die Staaten selbst verfügten. 2003 wurde überlegt, wie mit gesetzlichen Mitteln zwei neue Bedrohungen zu hantieren seien: Waffen in Händen nicht-staatlicher Akteure und Anwendung von Ausrüstung und Technologie, die traditionell nicht als Waffen gelten.

## Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

- Das atomare Nichtverbreitungsregime wurde 2003 ernsthaft herausgefordert. Der Nichtverbreitungsvertrag von 1968 erlitt einen Rückschlag, als Nordkorea den Vertrag formell aufkündigte und später bekannt gab, über eine atomare Waffenkapazität zu verfügen. Gespräche zur Lösung der nordkoreanischen Nuklearkrise brachten keine Fortschritte.

- Beweise brachten hervor, dass der Iran Technologie für den ganzen nuklearen Brennstoffkreislauf angeschafft hatte, ohne dies der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gemeldet zu haben. Der Iran hat jedoch ein Zusatzprotokoll zu seinem früheren Kontrollabkommen mit IAEA unterzeichnet und eine vorübergehende Einstellung aller seiner Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten erklärt.

- US-Kongress beschloss die Aufhebung seines 10-jährigen Forschungsverbots von Atomwaffen mit geringer Sprengkraft.

- USA's Inspektionsgruppen suchten weiter nach Beweisen über MVW im Irak. Die *Iraq Survey Group* präsentierte Beweise, wonach Irak Ambitionen hatte, Kernwaffen zu erwerben. Andere Experten kritisierten in mehreren Berichten die nachrichtendienstliche Bewertung der USA bezüglich der Kernwaffenkapazität des Irak vor dem Krieg.

- Der Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen wurde von Russland und USA ratifiziert und trat 2003 in Kraft. Danach verpflichteten sich beide Parteien, die Anzahl der operativ einsetzbaren Kernsprengköpfe zu reduzieren, so dass sie am 31. Dezember 2012 die Zahl von 1700–2200 Kernsprengköpfen per Land nicht überschreiten.

- Eine positive Entwicklung war die Ankündigung Libyens, nachweislich seine MVW aufzugeben und abzurüsten. Libyen ratifizierte auch den Umfassenden Atomteststoppvertrag.

**Weltweite Nuklearmächte:  
Anzahl der Sprengköpfe, Januar 2004**

<i>Land</i>	<i>Jahr des ersten Atomtests</i>	<i>Einsetzbare Sprengköpfe</i>
USA	1945	7 006
Russland	1949	7 802
Großbritannien	1952	185
Frankreich	1960	348
China	1964	402
Indien	1974	30–40
Pakistan	1998	30–50
Israel	–	ca. 200
<i>Insgesamt</i>		<i>ca. 16 033</i>

- Von den operativ einsetzbaren Beständen atomarer Waffen der USA sind 5886 strategische und 1120 nicht-strategische Sprengköpfe. Von den operativ einsetzbaren russischen Beständen bestehen 4422 aus strategischen und 3380 aus nicht-strategischen Sprengköpfen. Vermutlich sind die atomaren Arsenale von Indien, Israel und Pakistan nur teilweise operativ.

- Anfang 2004 gab es schätzungsweise 16 033 operative Sprengköpfe. Zählt man alle atomaren Sprengköpfe zusammen – einschließlich des nicht-operativen Materials, aktiv und inaktiv gelagerten Beständen sowie Reserve-“*pits*” (Plutoniumkerne) – belaufen sich die Atomwaffenbestände der 5 vom *NPT* als Atomwaffenländer definierten Staaten – USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China – auf 36 500 Sprengköpfe.

## **Biologische Waffen: potenzielle Indikatoren für offensive BW Aktivitäten**

- Die neuesten Entwicklungen in der Biotechnologie könnten die Staaten zum Aufbau einer biologischen Waffenkapazität veranlassen, was neue Möglichkeiten für einen zukünftigen militärischen oder terroristischen Missbrauch eröffnen könnte.

- Forscher verfügen heute über Standardmethoden zur Veränderung der genetischen Zusammensetzung eines Organismus. Schnelle Fortschritte in der Biotechnologie könnten eine neue Art von biologischen Stoffen für die Kriegführung schaffen, die auf spezifische menschliche biologische Systeme auf Molekularebene abzielen, den Schwerpunkt von herkömmlichen biologischen Stoffen für die Kriegführung verlagern und eine Abwehr schwieriger gestalten.

- Die Unterscheidung zwischen zugelassenen und verbotenen Forschungsaktivitäten im Rahmen des Übereinkommens über Bio-Waffen und Toxine (*BTWC*) von 1972 ist schwierig. Aus technischer und wissenschaftlicher Sicht kann keine einzelne Maßnahme schlüssig zwischen zugelassenen und verbotenen Aktivitäten unterscheiden, doch könnte eine Kombination solcher Maßnahmen diese Funktion erfüllen.

- Zur Identifizierung und Prävention verbotener Aktivitäten bedarf es eines besseren Verständnisses dieser Sicherheitsbedrohung. Die Transparenz bei Einsätzen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung muss zum Schutz der Bevölkerung vor biologischen Waffen erhöht werden. Alle biologischen Abwehrprogramme sollten zum Bestandteil eines jährlichen, politisch verbindlichen Informationsaustausches zur Stärkung des *BTWC* erklärt werden.

## **Chemische und biologische Waffen: Entwicklung und Kontrolle**

- Vertragsstaaten des BTWC von 1972 trafen sich 2003 zur Beurteilung der Einhaltung der Konvention und Bewertung nationaler Maßnahmen für Sicherheit und Überprüfung von Krankheitserregern und Toxinen.

- Die erste Revisionskonferenz der Vertragsstaaten der Chemiewaffenkonvention (CWC) fand statt und ein Aktionsplan zur Gewährleistung der Implementierung nationaler Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten wurde umgesetzt.

- Vertragsstaaten der CWC verpflichteten sich zur Überwachung relevanter Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie und zur Berücksichtigung dieser Entwicklungen durch die OVCW. Wenn z.B. OVCW nicht formell der Auffassung ist, dass die CW-Konvention bei nicht-tödlichen Waffen und lähmenden Stoffen Anwendung findet und keine entsprechenden Maßnahmen beschließt, bestünde das Risiko, dass über die Anwendbarkeit der Bestimmungen auf Basis von Umsetzungspraktiken, anstatt durch Maßnahmen entschieden wird.

- Im Irak wurden keine chemischen oder biologischen Waffenbestände gefunden. 2003 stellte sich die Frage nach der Zuverlässigkeit nachrichtendienstlicher Bewertungen des Irak.

- Libyen gab seine NBC-Waffenprogramme bekannt und zeigte sich bereit, den multilateralen Rüstungs- und Abrüstungsübereinkommen für diese Waffen beizutreten. Die Veröffentlichung folgte nach monatelangen Verhandlungen zwischen britischen und amerikanischen Regierungsvertretern und Libyen. Libyens Deklaration zeigt, dass unter gewissen Umständen Resultate erreicht werden können, wenn Ad-hoc-Koalitionen von Staaten agieren, um auf spezifische Fragen von wahrgenommenen Bedrohungen zu reagieren.

## **SARS-Epidemie: Infektionskrankheiten und Gefährdung durch biologische Waffen**

- Die rasche Ausbreitung des schweren akuten Atemwegsyndroms (SARS) Anfang 2003 wurde von einer Reihe von Regierungen wegen ihrer Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und das Gesundheitswesen als Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen.

- Die Krankheit gab auch Anlass zur Besorgnis über eine potenzielle Bedrohung durch die Anwendung von Infektionskrankheiten als Methode der Kriegführung, was seit den Terrorattacken des 11. September 2001 in den USA immer wieder angesprochen wird.

- Die aus der SARS-Epidemie gewonnenen Erfahrungen zeigten, dass wissenschaftliche Experten aus der ganzen Welt unter starker Führung effektiv zusammenarbeiten können, um neue Krankheitserreger identifizieren und eindämmen zu können. Die beste Strategie zur Bekämpfung künftiger Epidemien ist die Stärke der vorhandenen globalen Institutionen im Umgang mit derartigen Vorfällen, um die Bereitschaft und Transparenz auf nationaler Ebene zu verbessern und die Verantwortung für Aufgaben wie Patientenpflege, Seuchenbeobachtung und Kontrolle bei Notfällen aufzuteilen.

- Maßnahmen zur Verbindung der Biowaffenkonvention mit spezifischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie z.B. die Schaffung eines globalen Seuchenkontrollprogramms wurden angeregt.

- Eine globale Führung durch die VN und eine intensivere internationale Zusammenarbeit sind im Umgang mit den durch Infektionskrankheiten entstandenen Sicherheitsrisiken erforderlich.

## **Kontrolle der konventionellen Rüstung**

- Mehr als 4 Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Anpassung des KSE-Vertrags bleibt der Kontrollprozess im Umfeld der konventionellen Rüstung weiterhin behindert und die Vertragsstaaten sind über mögliche Negativeffekte auf die regionale Sicherheit besorgt.

- Die Besorgnis Russlands bezüglich eines dauerhaften politischen Einflusses in seinen südlichen Grenzgebieten steht einer Erfüllung westlicher Forderungen im Zuge des KSE-Vertrags im Weg und schafft Spannungen innerhalb der allgemeinen kooperativen Haltung zum Westen.

- Bemühungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Terrorismusbekämpfung brachte die Teilnehmerstaaten dazu, neue Initiativen bei der Rüstungskontrolle wie die Vernichtung von überschüssiger Munition und MANPAD-Systeme zu ergreifen.

- In Lateinamerika gab es Fortschritte bei der weiteren Ausarbeitung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Rahmen der OAS. Auf der Sonderkonferenz der OAS für Sicherheit wurde ein neues Sicherheitskonzept für die Region mit Schwerpunkt auf neue Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und Korruption verabschiedet.

- Vier weitere Staaten traten dem Open-Skies-Vertrag bei und Ende 2003 standen vier weitere Staaten vor der Aufnahme.

- Das Zusatzprotokoll V zur Konvention über explosive Altbestände im Rahmen des CCW-Übereinkommens und die Aktivitäten bei der Begrenzung der Nutzung und Lieferung von Anti-Fahrzeug-Minen sind ein Beispiel für den fortgesetzten Druck auf Staaten, die Auswirkungen dieser Waffen auf die Zivilbevölkerung einzudämmen.

## **Exportkontrollen und Vernichtungsprogramme**

- 2003 konzentrierten sich die internationalen Exportkontrollprogramme auf die Anpassung an Herausforderungen durch nicht-staatliche Akteure wie Terroristen und auf die Verhinderung des Erwerbs von Massenvernichtungswaffen-Materialien und *MANPADS*.

- Die am Wassenaar-Arrangement (WA) teilnehmenden Staaten führten die zweite WA-Bewertung durch und beschlossen größere Änderungen am Gründungsdokument von 1996. Sie fordern dringend eine Verstärkung der Exportkontrollen von *MANPADS*, Handel und Ausrüstung, die nicht in die Kontrollliste des WA aufgenommen sind.

- Die Australien-Gruppe nahm 14 menschliche Krankheitserreger, die potenziell als MVW verwendet werden können, in ihre Kontrollliste der biologischen Waffen auf. Die Gruppe setzt ihre Arbeit zur Verhinderung des Zugriffs auf biologische oder chemische Waffen durch terroristische Gruppen fort.

- EU hat eine vergleichende Studie zur Auswertung der nationalen Kontrollsysteme bei der Ausfuhr von Dual-Use-Gütern sowie eine erste tiefgreifende Studie des EU-Verhaltenskodexes bei Waffenexporten in die Wege geleitet.

- 2003 beseitigten die Regierungen der G8-Globale Partnerschaft gegen Massenvernichtungswaffen und Materialien einige Hindernisse bei der Implementierung von Projekten der Kooperation zum Abbau der Bedrohung.

### **Multilaterale Exportkontrollprogramme:**

#### **Anzahl Staaten, 1. Januar 2004**

Australien-Gruppe	33
Gruppe der atomaren Lieferstaaten	40
Trägertechnologie-Kontrollregime	33
Wassenaar-Arrangement	33
Zangger-Ausschuss	35

## **Rückzug aus Rüstungskontrollverträgen**

- 2003 zog sich Nordkorea aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (*NPT*) zurück, und 2002 die USA aus dem ABM-Vertrag. Diesen Rückzug kündigten die USA 2001 an. Nordkorea berief sich auf die Rückzugsklausel nach Verletzung des NPT, während die USA die Rückzugsklausel als Präventivmaßnahme zur Vermeidung einer Vertragsverletzung anriefen, da sie eine Fortsetzung ihrer Raketenabwehrprogramme planten.

- Die Maßnahmen der Regierungen Nordkoreas und der USA sind einmalig in der modernen Geschichte des internationalen Rüstungskontrollregimes und werfen erhebliche Fragen bezüglich der Rolle des Vertrags als rechtsverbindliches Instrument für die Rüstungskontrolle auf.

- Beim Rückzug Nordkoreas aus dem NPT äußerten sich mehrere Staaten und internationale Organisationen besorgt, doch gab es weder eine Erklärung der NPT-Vertragsstaaten noch eine vom VN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution.

- Die Reaktion wurde auch beschwichtigt, als der Rückzug der USA vom ABM-Vertrag 2002 Wirkung zeigte. Russland gab sein Bedauern über das Agieren der USA zum Ausdruck, doch focht es nicht offen die zur Unterstützung eines einseitigen Rückzugs vorgebrachten Argumente an.

- Diese Rückzüge aus Verträgen könnten richtungsweisend sein und in gewisser Weise "die Schwelle" für die Anrufung der Rückzugsklausel zur Beendigung von rechtsverbindlichen Beziehungen herabsenken. Dies würde wiederum den Interessen der Stabilität und Vorhersagbarkeit bei internationalen Beziehungen entgegenwirken.

## **Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie über das humanitäre Recht in bewaffneten Konflikten, Januar 2004**

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll)
- 1948 Vertrag über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung unter westeuropäischen Staaten (Brüsseler Vertrag)
- 1948 Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermords (Genozid-Konvention)
- 1949 Genfer Abkommen (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1954 Protokolle zum Brüsseler Vertrag von 1948 (Pariser Abkommen über die Westeuropäische Union)
- 1959 Antarktis-Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, Weltraum und unter Wasser (Teiltteststoppvertrag, engl. PTBT)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraum-Vertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (engl. NPT)

- 1971 Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio/Toxin-Waffen-Übereinkommen, engl. BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Atomwaffentests (engl. TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken (engl. PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (Enmod-Konvention)
- 1977 Zusatzprotokoll II zu den Genfer Abkommen von 1949 zum Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte
- 1977 Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen von 1949 zum Schutz der Opfer nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Konvention zum physischen Schutz von Nuklearmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot und die Beschränkung der Verwendung bestimmter konventioneller Waffen, die als außerordentlich zerstörerisch betrachtet werden (CCW-Übereinkommen, oder Konvention über "inhumane Waffen")
- 1985 Vertrag über die nuklearfreie Zone Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)

- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduktion und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (START I Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (engl. Open Skies Treaty)
- 1992 Die Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-1A Abkommen)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen Konvention, engl. CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Bosnien und Herzegowina
- 1996 Abkommen über subregionale Waffenkontrolle bezüglich Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Bosnien und Herzegowina, und Kroatien (Abkommen von Florenz)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen über die illegale Herstellung und den Handel von Feuerwaffen, Munition, Sprengstoff und sonstige Materialien
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (APM-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen

- 1999 Wiener Dokument von 1999 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2001 Schlusssdokument der Verhandlungen nach Artikel V des Anhangs 1-B des allgemeinen Rahmenabkommens über Frieden in Bosnien und Herzegowina von 1995
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT)

### **Noch nicht in Kraft getretene Verträge, Januar 2004**

- 1972 Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-Vertrag): seit 13. Juni 2002 nicht mehr in Kraft
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II Vertrag)
- 1996 Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Vertrag über umfassende Atomteststopps (engl. CTBT)
- 1999 Abkommen über den Vertrag von 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)

## Akronyme

ABM	<i>anti-ballistic missile</i> (Raketenabwehr)
APM	Antipersonenminen
ARF	Regionales Forum ASEAN
ASEAN	<i>Association of South-East Asian Nations</i> (Verband Südostasiatischer Nationen)
AU	Afrikanische Union
BMD	<i>ballistic missile defence</i> (ballistische Raketenabwehr)
BTWC	<i>Biological and Toxin Weapons Convention</i> (Übereinkommen über Bio-Waffen und Toxine)
BW	biologische Waffen
CCW	<i>Certain Conventional Weapons (Convention)</i> (Übereinkommen über das Verbot und die Beschränkung der Verwendung bestimmter konventioneller Waffen, die als außerordentlich zerstörerisch betrachtet werden)
CEMAC	<i>Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale</i> (Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft von Zentralafrika)
CPA	<i>Coalition Provisional Authority</i> (Übergangsverwaltung der Koalition)
CSBM	<i>confidence- and security-building measure</i> (vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen)
CTBT	<i>Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty</i> (Umfassender Atomteststoppvertrag)
CW	chemische Waffen

CWC	<i>Chemical Weapons Convention</i> (Chemiewaffen-Konvention)
DRK	Demokratische Republik Kongo
ECOWAS	<i>Economic Community of West African States</i> (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten)
EU	Europäische Union
FYROM	<i>Former Yugoslav Republic of Macedonia</i> (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien)
G8	Gruppe der 8 wichtigsten Industrienationen
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IAEA	<i>International Atomic Energy Agency</i> (Internationale Atomenergiebehörde)
ICC	<i>International Criminal Court</i> (Internationaler Strafgerichtshof)
ICTR	<i>International Criminal Tribunal for Rwanda</i> (Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda)
ICTY	<i>International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia</i> (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)
IGAD	<i>Intergovernmental Authority on Development</i> (Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde)
IT	Informationstechnologie
KSE	(Vertrag über) Konventionelle Streitkräfte in Europa
MANPADS	<i>man-portable air defence system</i> (Tragbare Flugabwehrsysteme)

MTCR	<i>Missile Technology Control Regime</i> (Trägertechnologie-Kontrollregime)
MVW	Massenvernichtungswaffen
NATO	<i>North Atlantic Treaty Organization</i> (Nordatlantische Vertragsorganisation)
NBC	Nukleare, biologische und chemische (Waffen)
NEPAD	<i>New Partnership for Africa's Development</i> (Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas)
NPT	<i>Non-Proliferation Treaty</i> (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen)
NSG	<i>Nuclear Suppliers Group</i> (Gruppe nuklearer Lieferländer)
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OUA	<i>Organization of African Unity</i> (Organisation für Afrikanische Einheit)
OVCW	Organisation für das Verbot chemischer Waffen
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	<i>Partnership for Peace</i> (Partnerschaft für den Frieden, NATO)
PMF	<i>private military firm</i> (private Militärfirma)
PSI	<i>Proliferation Security Initiative</i> (Initiative zur Verbreitungssicherheit)
PTBT	<i>Partial Test Ban Treaty</i> (Teiltteststoppvertrag)
SADC	<i>Southern African Development Community</i> (Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft)
SARS	<i>severe acute respiratory syndrome</i> (Schweres akutes Atemwegsyndrom)

SCO	<i>Shanghai Cooperation Organization</i> (Shanghaier Organisation für Kooperation)
SORT	<i>Strategic Offensive Reductions Treaty</i> (Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen)
UAV	<i>unmanned air vehicle</i> (Unbemanntes Luftfahrzeug)
VN	Vereinte Nationen
WA	<i>Wassenaar-Arrangement on Export Controls for Conventional Arms and Dual-Use Goods and Technologies</i> (Wassenaar-Arrangement über Exportkontrollen bei konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern und Technologien)





## **Verwaltungsrat**

Botschafter Rolf Ekéus, Vorsitzender (Schweden)

Sir Marrack Goulding, stellvertr. Vorsitzender (Großbritannien)

Dr. Alexei G. Arbatov (Russland)

Dr. Willem F. van Eekelen (Niederlande)

Dr. Nabil Elaraby (Ägypten)

Rose E. Gottemoeller (USA)

Professor Helga Haftendorn (Deutschland)

Professor Ronald G. Sutherland (Kanada)

Direktor/in

## **Direktorin**

Alyson J. K. Bailes (Großbritannien)

Ingeniörskopia, Solna, 2004



Stockholmer Internationales  
Friedensforschungsinstitut

Signalistgatan 9  
SE-169 70 Solna  
Schweden

Telefon: +46-8-655 97 00  
E-Mail: [sipri@sipri.org](mailto:sipri@sipri.org)  
Internet: <http://www.sipri.org>  
Fax: +46-8-655 97 33